

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 Mk.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pf.
Versammlungsanzeigen 30 Pf.

Die Verhandlungen im Kriegsamt gescheitert.

Die Hoffnung, daß es gelingen würde, bei der Fortsetzung der am 21. Juli vertagten Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen, ist getäuscht worden. Die Zugeständnisse, welche die Arbeitgeber am 27. Juli machten, liefen so weit hinter dem Vermittlungsvorschlag zurück, den der Verhandlungsleiter, Herr Hauptmann Braumann, unterbreitet hatte, daß dieser selbst ein weiteres Verhandeln für zwecklos erklärte. Die Verhandlungen der Zentralvorstände sind also abgebrochen worden, und nunmehr ist es an den Kollegen in den einzelnen Orten, an die Unternehmer heranzutreten, um sich örtlich über die notwendige Teuerungszulage zu verständigen.

Herr Hauptmann Braumann hatte am Schluss der Verhandlungen am 21. Juli festgestellt, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, für männliche Arbeiter 15 Pf., für weibliche 10 Pf. und für jugendliche 5 Pf. zu bewilligen. Eine Verteilung dieser Zulage auf mehrere Termine würde, so meinte er, nicht aufrechterhalten werden. Er wies auf die bereits an einigen Orten gemachten höheren Zugeständnisse hin und bezeichnete es als notwendig, besonders in den Großstädten mit den Zugeständnissen weiterzugehen. Das Verlangen nach Festlegung von Mindestlöhnen für Arbeiterinnen bezeichnete er als berechtigt. Auch das Kriegsamt ist der Meinung, daß den weiblichen Arbeitern ein Mindestlohn gesichert werden muß. Als minder wichtig betrachtete der Verhandlungsleiter die Frage, ob auf der Grundlage der Vereinbarung vom 10. November 1916 verhandelt oder ob gleich die Verlängerung der Verträge mit erledigt würde, er empfahl die Vertragsverlängerung gleich mit in Erwägung zu ziehen.

Da der Arbeitgeber-Schuhverband für den Abend des 21. Juli eine Vertreterversammlung einberufen hatte, konnte man erwarten, daß hier die Vorschläge des unparteiischen Verhandlungsleiters einer ersten Erwägung unterzogen worden wären. Der Verlauf der Verhandlungen am 27. Juli läßt jedoch darauf schließen, daß sich die Städtetreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes nur gegenständig im Widerstand gegen ernsthafte Zugeständnisse bekräftigen. Vor allen Dingen haben sie ihre Verhandlungskommission wieder mit gebundenen Händen in das Kriegsamt geschickt. So konnte es nicht ausbleiben, daß die weiteren Verhandlungen ergebnislos verliefen.

Beginnen wir mit den Nebenfragen. In der Frage der Vertragsverlängerung war die Haltung der Arbeitgeber sehr schwankend. In den mit unserem Verbandsvorstand gepflegten Vorbesprechungen hatten sie es selbst angeregt, bei diesen Verhandlungen die Vertragsverlängerung gleich mit zu erledigen. Unsere Verbandsvertreter heigten unter Zurückstellung einiger Bedenken diesem Vorschlag zugestimmt. Als sich aber die Parteien vor dem Kriegsamt zusammensanden, da erklärten die Arbeitgeber, daß die Frage der Vertragsverlängerung für sie jetzt ausbleibe; darüber könne später verhandelt werden. Unsere Vertreter fanden sich auch mit dieser veränderten Stellungnahme ab und erhoben keine Einwendungen.

Die Arbeitgeber haben es nicht direkt ausgesprochen, es war aber leicht zu erkennen, was ihre Taktik beeinflusste. Sie wollten einer grundsätzlichen Revision der Klasseneinteilung der Städte ausweichen, die bei den vorjährigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern nur sehr summarisch erfolgt war mit dem Vorbehalt, daß die unvermeidlichen Unebenheiten bei der nächsten Gelegenheit ausgeglichen werden sollten. Und sie wollten ferner von der Festlegung von vertraglichen Mindestlöhnen für Arbeiterinnen nichts wissen. Diese Frage ist bedeutungsvoll. Bei der großen Zahl von weiblichen Arbeitern, die jetzt in den Betrieben der Holzindustrie beschäftigt wird, und die noch fortgesetzt steigt, ist die Festlegung einer unteren Lohngrenze für die Arbeiterinnen eine Frage, der wir die größte Bedeutung beimessen müssen. Die Festlegung von Mindestlöhnen läge auch im wohlverstandenen Interesse der Arbeitgeber, die so bewegliche Klagen über die ungleiche Konkurrenz und die Unterbietungen führten, welche sich aber hauptsächlich auf die billige Frauenarbeit gründen. Als ihnen die Ansicht des Kriegsamts kundgetan war, das die Festlegung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen als eine Forderung der Moral und des Pflichtbewusstseins bezeichnete, da änderten sich nun bereit, sich an der Festlegung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen zu beteiligen. Aber sie mußten erst Material zu dieser Frage sammeln. Bisher hätten sie das nicht für erforderlich erachtet, jetzt konnte die Materialsammlung einen vorläufigen Vorwand für die Verschleppung liefern.

Die gemeinsamen Verhandlungen im Kriegsamt begannen am 27. Juli erst nachmittags. Die Vertreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes hatte vormittags Verhandlungen mit sich gepflogen, während gleichzeitig Herr Hauptmann

Braumann mit den Vertretern der übrigen Arbeitgeberverbände verhandelte, die sich, wie bei Beginn der gemeinsamen Sitzung berichtet wurde, zum größten Teil bereit erklärt hatten, den mit dem Arbeitgeber-Schuhverband zu treffenden Vereinbarungen beizutreten. Die Verhandlungen wurden diesmal auf Seiten der Arbeitgeber nur vom Arbeitgeber-Schuhverband geführt, während die Vertreter der übrigen Organisationen sich lediglich als stille Zuhörer beteiligten. Gleich einleitend teilten die Vertreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes mit, daß sie von ihrer Vertreterversammlung in der Frage der Teuerungszulage nicht ermächtigt seien, über die bereits gemachten Zugeständnisse hinauszugehen.

Die Verhandlungen hätten also gleich als gescheitert betrachtet werden können, wenn nicht Herr Hauptmann Braumann einen Vermittlungsvorschlag gemacht hätte. Hiernach sollte die Teuerungszulage betragen in

Lohnklasse I II III IV V VI
Pfennige pro Stunde 20 20 19 18 17 15

Diese Staffelung würde sich in umgekehrter Richtung bewegen als die Vereinbarung vom vorigen Jahr, wo man sich bemühte, die mit den Löhnen zurückgebliebenen Städte vorwärtszubringen, und deshalb die Zulage in den kleinen Städten höher bemessen hat als in den großen. Unsere Vertreter wiesen auf diese Tatsache hin, ohne jedoch dem Vorschlag grundsätzlich zu widersprechen.

Mit der Ablehnung der Verhandlungen über den Inhalt der Verträge hatten die Arbeitgeber auch jede Aussprache über die von unseren Vertretern vorgeschlagene neue Klasseneinteilung abgelehnt. Selbst die kräftigsten Unebenheiten, auf die hingewiesen wurde, konnten eine Änderung dieser Auffassung nicht bewirken. Um nur ein Beispiel anzuführen, sind die Vertragslöhne durch eine schon seit Jahren zurückliegende Zufälligkeit in den Schwesterstädten Elberfeld und Varmen verschieden. Durch die mechanische Einteilung, die im vorigen Jahre vorgenommen wurde, ist Elberfeld in eine niedrigere Lohnklasse geraten als Varmen. Ein ganz unhaltbarer Zustand, der durch unsere neue Klasseneinteilung geändert werden sollte. Bergebliche Mühe! Die Arbeitgeber beharrten darauf, daß die Lohnsteigerung sich auf die im vorigen Jahre getroffene Klasseneinteilung aufbaut. Im Hinblick darauf, daß die notwendige Korrektur bei der demnächst stattfindenden Vertragsrenewierung vorgenommen werden kann, gaben unsere Vertreter nach.

Für den Vermittlungsvorschlag des Verhandlungsleiters schlugen unsere Vertreter innerhalb des gegebenen Rahmens von 15 bis 20 Pf. sofortiger Teuerungszulage eine kleine Verschöbierung vor, durch welche erreicht worden wäre, daß in allen Lohnklassen die vorjährige Teuerungszulage zusammen mit der neu zu bewilligenden 35 Pf. betragen würde. Sie erklärten aber später, daß sie auf dieser Forderung nicht beharren und bereit wären, den Vermittlungsvorschlag unverändert anzunehmen. Die Arbeitgeber lehnten jedoch den Vermittlungsvorschlag unter Berufung auf ihr gebundenes Mandat ab. Sie wollten sich höchstens dazu verstehen, ihrer Vertreterversammlung zu empfehlen, zu der bereits bewilligten Abschlagszahlung von 10 Pf. am 1. November eine weitere Zulage zu gewähren, die in den sechs Lohnklassen 5, 6, 7, 8, 9 und 10 Pf. betragen soll. Aber auch dieses Angebot machten sie unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch ihre Ortsvertreter. Damit war auch der Vermittlungsvorschlag abgelehnt, und dem Verhandlungsleiter blieb nichts übrig, als festzustellen, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind.

Mit diesem Verlauf der Verhandlungen vor dem Kriegsamt ist natürlich unsere Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen nicht beendet. Ueber die Notwendigkeit der Teuerungszulagen braucht heute kein Wort verloren zu werden. Das unparteiische Kriegsamt hat das Bedürfnis anerkannt, aber auch die Arbeitgeber haben die Notwendigkeit zugegeben: Die Vertreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes, in noch höherem Maße aber die Arbeitgeber an den einzelnen Orten. In vielen Fällen haben sie bereits Zulagen als Abschlagszahlungen bewilligt, die über das hinausgehen, was die Vertreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes als Gesamtzulage für einen späteren Termin in Aussicht stellten. Aus dem Verlauf der Verhandlungen im Kriegsamt konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Vertreter der Organisation der Arbeitgeber viel zu viel Rücksicht auf die rückständigen Elemente in ihren Reihen nehmen. So wie die Dinge jetzt liegen, ist die Annahme vollumfänglich berechtigt, daß unsere Kollegen schneller und besser zum Ziele gelangen, wenn sie nicht ihre Hoffnungen auf die zentralen Verhandlungen setzen. Diese Hoffnung hat gerechtfertigt.

Nun muß die Bewegung örtlich durchgeführt werden. Dabei sind unsere Kollegen an die Vermittlungsvorschläge, die den zentralen Verhandlungen zuletzt zugrunde lagen, nicht gebunden. Es wird überall das gefordert werden können, was nach den örtlichen Verhältnissen angemessen und durchführbar erscheint. Die Arbeitgeber an allen

Orten rechnen schon lange damit, daß sie Zugeständnisse machen müssen, sie wollten nur das Ergebnis der zentralen Verhandlungen abwarten, ehe sie sich an einen bestimmten Sach banden. Nun sind die zentralen Verhandlungen gescheitert, wir sind gezwungen, den Weg der örtlichen Verständigung zu suchen. Wenn die Kollegen überall mit der notwendigen Entschiedenheit für ihre Forderungen eintreten, hoffen wir bald über ein wirklich zufriedenstellendes Ergebnis unserer Bewegung berichten zu können.

Zur Beitragsfrage.

Mehr noch als das Wiederauflösen der Beitragsfrage freut mich die Tatsache, daß es hauptsächlich Kollegen im Felde sind, welche dieser Frage nähetreten. Beschämen muß es manchen lauen Kollegen daheim und mehr noch jene feigen, fahnenflüchtigen Dahleimkollegen, wenn die draußen in Not und Tod so großes Interesse an den internen Verbandsangelegenheiten nehmen. Sie wissen nicht, ob und wann sie heil wiederkehren. Sie waren früher Kämpfer, kämpfen jetzt draußen mit der Waffe und sechten wirtschaftlich bei ihrer Rückkehr wieder mit und bereiten sich jetzt schon darauf vor. Sie kämpfen draußen auch für dich mit, abtrünniger Kollege, der du es oft nicht wert bist. Denkst du dir noch nichts dabei, und weißt du noch nicht, wo du wieder hingehörst, willst du, wenn die Grauen wiederkommen, dich verachten lassen?

Nun zur Frage selbst. Ich ging 1910 als Delegierter zum Münchener Verbandstag mit der ausgesprochenen Absicht, für Einführung der Staffelleiträge zu stimmen. Das sachliche Referat des Kollegen Leipart belehrte mich jedoch eines andern, so daß ich in der namentlichen Abstimmung dagegen stimmte. Doch was damals galt, gilt längst nicht mehr: zu sehr verschoben haben sich während dieser sieben Jahre die Verhältnisse. Neue Sparten haben sich innerhalb der Holzindustrie aufgetan mit einem Heer neuer Arbeiter und Arbeiterinnen. Nicht alle werden nach dem Kriege wieder verschwinden, viele werden dauernd bleiben, und die Beschäftigten müssen sich uns angliedern. Bei der jetzigen Beitragshöhe ist dies nicht immer möglich, und dies dürfte mit ein Hauptgrund sein, daß so viele, und besonders die am schlechtesten Entlohnten, uns noch fernstehen. Nicht auf große Erhöhung der Unterstützungseinrichtung möchte ich das Hauptaugenmerk richten, sondern auf die Aufstufung der Beiträge für besserbezahlte und die Abstufung für minderbezahlte und insfolgedessen auch minderbemittelte Kollegen, für Kampeszwecke. Nicht ganz einverstanden bin ich mit den vier Stufen des Stettiner Kollegen, ich meine, dieselben betragen noch eine Erhöhung und eine Erniedrigung, und zwar 1,40, 1,10 Mk., 70 und 50 Pf. Grundbeitrag. Die Lokalaufschläge sollen ganz in Wegfall kommen. Zahlstellen mit niedrigen Beiträgen erhalten 20 Prozent, solche mit den höchsten Beiträgen höchstens 10 Prozent Rückvergütung. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder sollen wie bisher bleiben, Rückvergütung von der Hauptklasse soll hierfür nicht gewährt werden. Es wird in Zukunft, wenn Lokalbeiträge und natürlich auch Lokalunterstützungen wegfallen, nicht mehr notwendig sein, große Summen in den Zahlstellen zu belassen. Dieselben können nutzbringender angelegt werden. Wenn der Minimalbeitrag auf 50 Pf. festgelegt wird, ist bedeutend eher die Möglichkeit gegeben, die uns in den Elendsbezirken heute noch fernstehenden mit der Zeit doch noch zu gewinnen. Wir alle hätten doch vor 20 und mehr Jahren den Kopf geschüttelt, wenn man uns gleich mit 1 Mk. Beitrag gekommen wäre. Wohl sind die Löhne ja heute höher, aber auch die Preise für alles Notwendige. Dies mein kurzer Vorschlag, so wie ich es verstehe, der ich am Krakauer schufte und seit nahezu 20 Jahren hauptsächlich in Provinzzahlstellen agitatorisch wirkte. Vergleichen Dank noch den Feldgrauen, sie geben uns durch ihr reges Interesse am Verbandsleben neuen Schaffensmut zum Weiterausbau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Florian Schreibleitner (Straubing).

Ueber die Frage der Beitragserhöhung dürfte jetzt wohl genügend diskutiert sein, so daß der Vorstand jetzt mit einem bestimmten Plan herausrücken könnte. Denn nur um aus den Äußerungen der Kollegen erst die Richtschnur zu nehmen, hat er meines Erachtens solange damit zurückgehalten. Diese Frage dürfte aber jetzt zugunsten einer Erhöhung entschieden sein. Aber um eine Staffelung der Beiträge kommen wir keinesfalls umhin, wenn wir uns nicht den Weg zur Agitation verammeln wollen. Wir sind auch verpflichtet, die zurückgebliebenen Kollegen mit durchzureißen, denn sie sind doch mit ihren niedrigen Löhnen geradezu ein Gemeinbuh für die besserentlohnnten Kollegen, ihrerseits noch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben. Was die Staffelung anbetrifft, so dürften wir wohl mit drei Staffeln auskommen, und zwar in der Höhe von 60, 80 Pf. und 1 Mk., welche aber nach unten fest umgrenzt sein müssen, damit nicht die besserbezahlten Kollegen, die sich in dauernder Stellung wähen, in die niedrigen Klassen abzuweichen, umgekehrt müssen

wie sie aber nach oben offenlassen, um wiederum den schlecht-entlohnerten Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich möglichst hoch zu versichern, um dadurch mit größerem Nachdruck für die Verbesserung ihrer Lage eintreten zu können.

Einen Verbandstag abzuhalten, wäre von großem Nutzen, um die vielen Fragen der inneren Verbandspolitik, die sich während des Krieges ergeben haben, in richtige Bahnen zu lenken. Die Kollegen im Felde haben doch auch Gelegenheit, sich durch Einsendungen an die „Holzarbeiter-Zeitung“ an der Diskussion zu beteiligen, und wer ein Interesse am inneren Verbandsleben hat, wird dies auch tun. Ganz entschieden aber müssen wir dagegen protestieren, daß die Kölner Lokalverwaltung in Nr. 28 ganz frei heraus erklärt: Was kümmern uns die im Felde stehenden Kollegen! Das ist doch ein starkes Stück. Wenn auch augenblicklich unsere Rechte und Pflichten ruhen, so sind wir aber doch noch als Mitglieder anzusehen. Wir haben vor dem Kriege mit an der Stärkung des Verbandes gearbeitet und werden dies auch, soweit wir glücklich wieder heimkehren sollten, nach dem Kriege wieder tun, und dann sind doch sämtliche jetzt zu fassenden Beschlüsse auch für uns bindend. Also haben wir immer noch ein Recht, ein wenig mitzureden. Auch würden wir gern die Stellen mit den Daheimgebliebenen vertauschen, um das Schiff, wie sich die Kölner Lokalverwaltung ausdrückt, durch die Klippen zu lenken. Es ist immer noch ein lohnenderes Geschäft, als hier seine Knochen zu Marke zu tragen. Ist das der Dank an die Feldarauen? Heinrich Sielmann (Berlin), zurzeit im Felde.

Die große Mehrzahl unserer Kollegen hat sich mit einer Erhöhung der Beiträge und gleichzeitiger Staffellung derselben einverstanden erklärt. Dazwischen tauchten aber auch Ansichten auf, die man nach den gewerkschaftlichen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts nicht mehr für möglich halten sollte. Diese Kollegen meinen, der Arbeiterchaft neue Wege weisen zu können, indem sie Beseitigung des Unterstützungswesens, Herabsetzung der Beiträge und Gründung einer alle Arbeiter umfassenden Arbeiterunion verlangen. In Wirklichkeit sind das alte Streitfragen, die schon in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung vertreten wurden, durch die Notwendigkeiten der praktischen Arbeit zur Lösung unserer Lage aber längst widerlegt worden sind. Trotz der immer weiter ausgebauten Unterstützungseinrichtungen sind die gewerkschaftlichen Kämpfe größer und schärfer geworden und die Erfolge derselben für uns von größerem Wert. Besonders unser Verband kann hierbei als Beispiel für die Entwicklung einer modernen Gewerkschaft dienen. Auf der Gegenseite hat aber auch die Widerstandskraft der Unternehmer durch die Entwicklung zu Großbetrieben und den Zusammenschluß in Unternehmerverbänden mächtig zugenommen. Arbeiterorganisationen, die nicht die überwiegende Mehrzahl der Berufskollegen umfassen und über bedeutende finanzielle Mittel verfügen, sind heute einflußlos. Das wird nach dem Kriege noch mehr der Fall sein als vorher. Wir müssen unsere Macht auf das höchstmögliche steigern. Vor allen Dingen ist dazu nötig: dauernde Bereinigung möglichst aller Kollegen und Kolleginnen in der Organisation! Wenn wir das aber erreichen wollen, dann können wir die Unterstützungseinrichtungen nicht entbehren. Ein großer Teil unserer Kollegen, vielleicht die Mehrzahl, sind nüchternere Rechner. Sie sind für den Verband nur zu gewinnen und zahlen nur dann ihre Beiträge regelmäßig, wenn sie dadurch bei wirtschaftlicher Notlage das Recht auf Unterstützung erwerben. Diese Aussicht hält auch solche Kollegen bei der Organisation, die sonst nach einer Lohnbewegung nach kurzer Mitgliedschaftsdauer uns

wieder den Rücken kehren würden. Zur Führung unserer Kämpfe und zur Sicherung des Erreichten genügt es nicht, die in Betracht kommenden Arbeiter für den Augenblick zu gewinnen und zu begeistern, sondern bedeutende Erfolge lassen sich besonders gegen autorisiertere Unternehmer nur mit Kollegen erringen, die längere Zeit durch die Schule der Gewerkschaft gegangen sind. Wer praktisch im Verband gearbeitet hat, dem müßten diese Gründe ohne weiteres einleuchten, denn täglich werden sie durch die Erfahrung auf neue bestätigt. Die Unterstützungen verhindern aber auch manchen Kollegen, bei Arbeitslosigkeit seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Wenn ich auch mit dem Kollegen Wagner der Meinung bin, daß der Staat für die Erwerbslosen zu sorgen hat, und dieses auch mit allem Nachdruck verlange, kann ich deshalb in unserem eigenen Interesse nicht auf unsere Unterstützungseinrichtungen verzichten. Wo übrigens öffentliche Arbeitslosenunterstützungen eingeführt sind, machen sie die gewerkschaftlichen noch nicht überflüssig, denn die Unterstützungssätze reichen bei weitem nicht aus, die Not zu beseitigen.

Meiner Ansicht nach rüsten wir uns am besten für die kommenden Kämpfe, indem wir es jedem Kollegen und auch den Kolleginnen durch Staffellung der Beiträge möglichst machen, dem Verband beizutreten und die Beiträge zahlen zu können. Die Beitragsätze müßten so bemessen sein, daß unser Kampffonds eine erhebliche Stärkung erfahren würde und außerdem die Unterstützungen der Entwertung des Geldes entsprechend erhöht werden könnten. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung müßten zu einer Erwerbslosenunterstützung ausgebaut und dadurch die Unterstützungseinrichtungen vereinfacht werden. Daß durch die Einführung der Staffelbeiträge der Verwaltungsapparat verstärkt werden müßte, halte ich bei gleichzeitiger Einführung der Erwerbslosenunterstützung für ausgeschlossen. Die Beiträge sind heute schon im ganzen Reich wie in den einzelnen Zahlstellen so verschieden bemessen und entsprechend auch die lokalen Unterstützungssätze, daß die allgemeine Staffellung eher eine Vereinfachung bringen würde. Es darf nicht jedem Mitglied überlassen bleiben, in welcher Klasse es seine Beiträge zahlen will, sondern nach dem Wochenverdienst muß die Beitragshöhe bemessen sein. Weibliche und jugendliche Mitglieder brauchen dann nicht mehr als solche besonders geführt zu werden, sondern sie werden ihrem Verdienst entsprechend einer Klasse zugeteilt. Der Vorstand sollte baldigst eine Vorlage in diesem Sinne ausarbeiten, da ihm die nötigen rechnungsmäßigen Unterlagen zur Verfügung stehen. Ein in nächster Zeit abzuhaltender Verbandstag müßte darüber entscheiden.

Rudolf Südemann (Hamburg).

Der Artikel „Innere Verbandspolitik“ in Nr. 21 unseres Organs wird bei allen Kollegen lebhaftes Interesse erweckt haben. Wird doch dadurch eine Frage aufgeworfen, die als wirklich zeitgemäß und dringend bezeichnet werden kann. Es ist tatsächlich an der Zeit, daß unser Unterstützungswesen einer durchgreifenden Aenderung unterworfen wird, denn die jetzigen Unterstützungssätze stehen mit den heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr im Einklang. Wenn es auch notwendig ist, daß sämtliche Unterstützungen einer Erhöhung unterzogen werden, so ist es doch um so notwendiger, daß der Kampfescharakter unseres Verbandes durch eine ganz bedeutende Steigerung der Streit- bzw. Maßregelungsunterstützung gewahrt wird. Die Kampfesfreudigkeit der Kollegen kann nur dadurch gefördert und erhalten werden, wenn sie bei wirtschaftlichen Kämpfen, die

nach dem Kriege in vielleicht erhöhtem Maße an uns herantreten, durch eine ausreichende Unterstützung der sinnvollen Sorge entbunden sind. Denn man wird zugeben müssen, daß mit der heutigen Unterstützungshöhe ein erfolgreicher Kampf nicht zu führen ist. Weiter wäre bei dieser Neuregelung zu erwägen, ob es nicht angebracht wäre unsere Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung mit entsprechend längerer Unterstützungsdauer umzuwandeln.

Was nun die Frage der Beitragserhöhung anbelangt, so würden wir den Staffelbeiträgen den Vorzug geben. Ein hoher Einheitsbeitrag würde in kleineren Zahlstellen die Agitation ungemein erschweren. Wir wollen hier unsere örtlichen Verhältnisse in Betracht ziehen, und noch ein Tarifmindestlohn von 41 Pf. pro Stunde festgesetzt ist, da wird es schwer sein, Ausgelernte sowie Hilfsarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Ähnliche Verhältnisse werden auch in vielen anderen Zahlstellen vorhanden sein. Sollte doch die Erhöhung des Einheitsbeitrages durchgeführt werden, so müßte den Lokalverwaltungen ein anderer gangbarer Weg gezeigt werden, schlechtlöhnte Kollegen dem Verbandsleben zuzuführen. Doch um für alle diese in dem Verbandsleben tief einschneidenden Fragen eine feste Grundlage zu schaffen, wird es notwendig sein, der Einberufung der Gantage bzw. des Verbandstages näherzutreten. Es gibt auch noch viele andere Fragen, die uns die Kriegsverhältnisse aufgedrängt haben, die wert wären, vor dem maßgebenden Verbandsinstanzen behandelt zu werden. Möge dies alles in möglichst kurzer Zeit geschehen, damit auch wir mit neu geordneten Verhältnissen in die hoffentlich bald anbrechende Friedenszeit überleben können.

Johann Behr (Schweinfurt).

Soziales.

Unternehmer und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Als in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten die ersten Schritte unternommen wurden, da überboten sich die Unternehmerorganisationen und einzelne Unternehmer Sympathieausdrückungen für die Opfer des Krieges, die mit verminderter Leistungsfähigkeit aus dem Felde zurückkehrten. Wir haben damals gleich gewarnt, diese Kundgebungen für bare Münze zu nehmen, und darauf hingewiesen, daß die Unternehmer die Frage der Wiederbeschäftigung der Kriegsoffer viel nüchterner und mit weit größerer Berücksichtigung ihrer Profitinteressen beurteilen würden, wenn der Krieg vorüber und das Gefühl der Dankbarkeit gegen die Verteidiger des Vaterlandes verblasst ist. Dieser Zeitpunkt ist noch schneller eingetreten, als wir erwarteten. Die gewiß vorsichtig urteilende Zeitschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, „Der Arbeitsnachweiser in Deutschland“, schreibt über dieses Thema:

„...Andererseits ist aber die große Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, Kriegsbeschädigte einzustellen, leider nach und nach geringer geworden. Der Anfang bei den Arbeitgebern in der ersten Begeisterung für die gute Sache sich zeigende Wettstreit, nach Möglichkeit den Kriegsbeschädigten Arbeit zu verschaffen, selbst wenn wirtschaftliche Nachteile damit verbunden waren, ist einer nüchternen Auffassung gewichen. Möglicherweise, daß die mit der Einstellung gemachten Erfahrungen nicht immer die besten gewesen sind, und daß der gute Wille von Seiten der Kriegsbeschädigten manchmal zu wünschen übrigließ. Jedenfalls hat auf diesem Gebiete wie auf vielen anderen mit dem Krieg zusammenhängenden

Eine neue Gewerkschaftsgeschichte.

Bereits liegt eine größere Zahl mehr oder weniger umfangreicher Geschichtswerke vor, die das Werden und Wachsen einzelner Gewerkschaften beschreiben. Ihnen schließt sich nun das neue umfangreiche Werk an, welches Hermann Müller, der Sekretär des Zentralarbeitersekretariats in Berlin, über „Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe“ herausgegeben hat. Von dem auf zwei Bände berechneten Werk liegt erst der erste vor. Es ist ein statisches Buch von 674 Seiten. Mehr als zwei Drittel seines Inhalts entfallen auf eine allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, die, vom Jahre 1731 ausgehend, bis zum Jahre 1878 reicht.

Man kann im Zweifel sein, ob es angebracht war, einer Geschichte der Organisation der Lithographen und Steindrucker eine so umfangreiche allgemeine Gewerkschaftsgeschichte voranzuschicken. Das Steindruckgewerbe ist noch verhältnismäßig jung. Als Censfelder, der Erfinder des Steindrucks, hat seine Erfindung erst im Jahre 1797 gemacht. Müller erzählt als originell, daß schon des Geburtsjahr des Steindrucks einen Streit der ersten Lithographen brachte. Censfelder hatte, nachdem er schon vorher Steindrucker als Gehilfen zugezogen hatte, für einen ihm übertragenen Auftrag gelehrte Rechner herangezogen und ließ die Geheimnisse der Lithographie eingeweiht. Als sie brauchbare Arbeit zu liefern verstanden, verlangten sie einen höheren Lohn und ließen die Arbeit ein, als er ihnen verweigert wurde. Es hat aber noch eine geraume Zeit gedauert, bis eine Organisation der Lithographen und Steindrucker ins Leben gerufen wurde, und dem ersten Streit der Lithographen folgte erst nach mehr als 70 Jahren der zweite. Jedenfalls sind Lithographie und Steindruck recht moderne Gewerbe, und irgendwelche Beziehungen der Arbeiterorganisationen dieses Berufs zu den älteren Gewerkschaften können nicht in Betracht kommen.

Die Frage, weshalb er mit der Geschichte der Organisation der Lithographen und Steindrucker eine allgemeine Gewerkschaftsgeschichte verbunden hat, läßt Müller im Grunde unbeantwortet, obwohl er im Vorwort sagt, daß er dafür eine Erklärung hätte geben können. Die Erklärung besteht aber im wesentlichen in dem Nachsatz, daß es trotz der vorhandenen Literatur über den Gegenstand noch keine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vor 1878 gibt. Das ist natürlich keine Erklärung der Verbindung der beiden Geschichtswerke, daß soll dem Verfasser daraus kein Vorwurf gemacht werden. Seine allgemeine Gewerkschaftsgeschichte

ist eine sehr dankenswerte Arbeit. Sie stützt sich auf ein fleißiges Quellstudium, und sie ist zweifellos eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Gewerkschaftsliteratur. Das ist um so höher zu veranschlagen, als ein Ueberfluß an Werken, die über die Vorgeschichte der Gewerkschaften unterrichten, keineswegs existiert.

Müller nennt die wichtigsten vorhandenen Werke über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und weist auf die ihnen anhaftenden Mängel hin. Das älteste ist „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“ von Rudolf Meyer. Müller rühmt es als das beste, es reicht aber nur bis zum Jahre 1873, und ihm haften manche Mängel an. Insbesondere sei es namentlich der Fortschrittspartei gegenüber nicht objektiv. Gegen Schmölcs Werk „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland“ erhebt Müller den Vorwurf, daß der Verfasser bei seinen Schilderungen der Zeit bis zum Jahre 1878 aus Mangel an Material seiner Phantasie freien Lauf ließ. Seine Irrtümer wurden von späteren Schriftstellern vielfach übernommen. Das gilt insbesondere auch von Aulemann in seinem Werk „Die Gewerkschaftsbewegung“. Zu den Werken über die allgemeine Geschichte der Gewerkschaften zählt Müller auch Bringmanns „Geschichte der deutschen Himmerebewegung“, und er rühmt ihr nach, daß sie sehr viel Material zur Beurteilung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung beibringt. Der Verfasser habe aber bewiesen wollen, daß bei den Sozialdemokraten mehr Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung vorhanden war als bei den Eisenachern, und daran habe er scheitern müssen.

Als Ausgangspunkt seiner Arbeit nimmt Müller den Reichstagsbeschluss vom Jahre 1731, welcher die Grundlage zu der nach und nach erfolgenden Beseitigung der Gesellenvereinigungen durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten hat. Sehr eingehend behandelt Müller die Gründungsgeschichte der ersten Gewerkschaften in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die bevorstehende Aufhebung der Koalitionsverbote die Möglichkeit zur Schaffung von wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen gab. Die Geschichte der Gewerkschaften, namentlich in ihrer Gründungszeit, ist auf das engste mit der politischen Arbeiterbewegung verknüpft. Die Fraktionenkämpfe in der jungen Sozialdemokratie wurden in gewisser Beziehung zum Geburtsjahr für die Gewerkschaftsbewegung. Gerade für diese Zeit hat Müller eine Menge urkundlichen Materials zusammengetragen, durch welches er die Richtigkeit seiner Auffassung von der Stellung, welche die beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu der Gewerkschaftsbewegung einnahmen, darlegt. Durch dieses Material wird manche Legende gründlich zerlegt.

Sehr legendenreich ist auch die von interessierter Seite gezeichnete verbreitete Darstellung von der Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Hiernach wäre Dr. Max Hirsch nach England gereist, um die dortigen Gewerkschaften zu studieren. Er habe die erste Kunde von diesen Organisationen nach Deutschland gebracht. Tatsächlich waren die englischen Gewerkschaften lange vor Hirsch in Deutschland bekannt. In seinen Reisebriefen aus England, die Hirsch in der Berliner „Vollzeitung“ veröffentlichte, sind die Gewerkschaften nur einmal, in dem Brief vom 4. August 1888 erwähnt. Diesen Brief, den Hirsch selbst als den Aufstoß der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet, druckt Müller ab mit der im Original befindlichen Fußnote, in welcher auf eine deutsche Uebersetzung eines englischen Werkes über die Gewerkschaften hingewiesen wird.

Die Geschichte und namentlich die Vorgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist unter den Arbeitern noch viel zu wenig bekannt. Deshalb ist jedes ernsthafte Werk lehrhaft zu begrüßen, das geeignet ist, diesem Mangel abzuwehren. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit verdient um so mehr Anerkennung, als er tief geschürft hat und seine Darstellung mit einer Menge urkundlichen Materials belegt. Der weiten Verbreitung der Geschichte der „Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe“ steht leider der hohe Preis hindernd im Wege. Das im Verlag des Verbandsvorstandes (Otto Sillier, Berlin N. 24, Elbasser Straße 86/88) erschienene Buch, dessen Vertrieb die Vorwärts-Buchhandlung übernommen hat, kostet 15 Mk. Trotzdem sollten zum mindesten die Organisationen darauf bedacht sein, es ihrer Bibliothek einzuverleiben.

Unbedeutend der Bedeutung, welche die Geschichte ihrer Organisationen für die Angehörigen des Lithographen- und Steindruckerberufes hat, liegt doch der Hauptwert des Buches in seinem ersten Teil, dem allgemeinen Gewerkschaftsgeschichte. Wir möchten dem Verlag anheimgeben, die technische leicht zu lösende Verbindung der beiden Teile des Buches aufzuheben und die allgemeine Gewerkschaftsgeschichte als besonderes Buch herauszugeben. Es wird vornehmlich für die Arbeiter leichter sein, die allgemeine Gewerkschaftsgeschichte als besonderes Buch herauszugeben. Müller's Buch wird nicht nach zu leistende Arbeit eines umfassenden Wertes über die deutschen Gewerkschaften nicht überflüssig machen. Es hat aber für diese Völligkeit eines künftigen Geschichtsschreibers sehr wertvolle Bausteine herangeführt. Aber auch neben einem etwa noch später erscheinenden größeren Werk wird Müllers Arbeit nicht an Wert verlieren. Der Verfasser hat sich damit ein Verdienst um die Arbeiterchaft erworben.

den Dingen der Idealismus der ersten Zeit der verstandsmäßigen Ueberlegung nachgeben müssen."

Für den, der die Dinge in der Praxis verfolgt hat, bedeutet diese Feststellung keine neue Offenbarung. Es ist leider eine traurige Wahrheit, daß das Interesse vieler Unternehmer für die Kriegsbeschädigten schon erlahmt, noch ehe der Krieg zu Ende ist, und die „verstandsmäßige Ueberlegung“ wird in fortschreitendem Maße über den „Idealismus“ siegen. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, eine ausreichende gesetzliche Versorgung der Kriegsbeschädigten sicherzustellen, wenn man verhindern will, daß der ordnungsgemäße innere Drehorgelspieler und Hausierer wieder zum typischen Straßenbild gehören soll.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Grafenau (Hau München) wurde eine neue Zahlstelle gegründet. Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in dieser Zahlstelle für männliche Mitglieder 70 Pf. und für weibliche Mitglieder 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 31. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 7812 (Jugendl.) Ernst Arndt, Holzarb., geb. 4. 3. 01 zu Wittenberge.
346675 Julius Große, Tschl., geb. 9. 3. 52 zu Lindnau Dorf.
Berlin SO. 16, Am Röllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Vergolder.

Durch die fortgesetzt steigenden Preise für alle Bedürfnisse gezwungen, forderten die Rahmenvergolde Berlins im Juni d. J. eine weitere Lohnerhöhung. In verschiedenen Betrieben wurden, ohne daß es zu Arbeitsniederlegungen kam, Zugeständnisse erzielt. Um die Erhöhung einheitlich für alle Betriebe durchzuführen, fand am 4. Juli zwischen der Vergolder-Zwangsinnung und der Ortsverwaltung eine Verhandlung statt, in der vereinbart wurde:

Es wird allen Beschäftigten zu dem Grundlohn von 1,05 Mk. pro Stunde eine weitere Zulage von 25 Prozent gewährt, abgerundet auf 25 Pf., so daß nunmehr der Grundlohn vom 1. Juli an 1,30 Mk. pro Stunde beträgt.

Obwohl dieser Grundlohn den bestehenden Löhnerungsverhältnissen keineswegs entspricht, haben die Rahmenvergolde der Vereinbarung zugestimmt.

Um möglichst einheitliche Lohnverhältnisse im Reiche in der Rahmenbranche anzustreben, bitten wir, zur praktischen Regelung sich mit den Zahlstellenleitungen in Verbindung zu setzen.

Zugleich wird gebeten, zur engeren Fühlungnahme mit der Zentralkommission Situationsberichte aus der gesamten Vergolderbranche einzusenden.

Die Zentralkommission.

J. A.: Alfred Jhlan, Berlin SO. 36, Görliger Ufer 10.

Die Berliner Generalversammlung gegen die Generalkommission.

Von der Verwaltung der Zahlstelle Berlin ist uns der nachfolgende Bericht zugegangen:

Die Delegierten der Verwaltungsstelle Berlin nahmen in zwei außerordentlichen Generalversammlungen, am 15. und 20. Juni, Stellung zu einem Antrage des Kollegen Wagner, Weisker im Verbandsvorstand.

Wagner behauptet in seinem Antrage, daß sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit ihrer ganzen Kraft und ihren Mitteln seit Ausbruch des Krieges für dessen Intensivierung eingesetzt habe. Die Generalkommission handle unfair, wenn sie in ihren Erklärungen sage, sie habe die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder hinter sich. Dadurch gerieten die Arbeiter in einen schlechten Ruf. Indem sich die Generalkommission und die Gewerkschaftsführer auf den Boden der Politik des 4. August 1914 gestellt haben, hätten sie kein Recht mehr, sich als Arbeitervertreter zu bezeichnen. Dieses Recht hätten sie verwirkt, indem sie die Arbeiterinteressen dem Burgfrieden untergeordnet hätten. Der Burgfriede sei eine Arbeitsgemeinschaft mit den Ausbeutern. So habe die Generalkommission das Vertrauen der Arbeiter mißbraucht. Die Kredite seien gegen den Willen der Arbeiter bewilligt worden, ohne ihr Wissen seien aus gewerkschaftlichen Mitteln Kriegsanleihen gezeichnet worden. Man könne es nachfühlen, daß die herrschenden Klassen von den Gewerkschaftsführern Proben ablegen lassen, ob sie das ihnen geschenkte Vertrauen verdienen. Ein Beispiel dafür sei das Hilfsdienstgesetz. Dieses sei eine Fessel für die Arbeiter und hebe die Freizügigkeit und das Streikrecht auf. Das Streikrecht sei auch schon vorher unterbunden worden durch die Generalkommission und die Vorstandsvertreter. Die Streikunterstützung sei aufgehoben und die Streikagitation eingestellt worden. Die Gewerkschaftsagitation diene nur noch der Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft. Durch ihre jetzige Haltung schieden die Gewerkschaften für immer als Kampforganisationen aus.

Wagner ging auf den Streit der Berliner Rüstungsarbeiter ein. Damals seien verschiedene Proklamationen erlassen worden, und man habe die Arbeiter, die zum Hungerstreik griffen, Hundsdötter genannt. In einem Schreiben vom 26. April, welches die Gewerkschaftszentralen an General Gröner richteten, erklärten sie ihr Einverständnis mit seinen Darlegungen. Wagner verbreitete sich über die Ursachen des Krieges und kam zu dem Ergebnis, daß die Arbeiterführer keine Reaktionen zu ihrer Kriegshaltung gehabt hätten. Was für die Arbeiter ergebnislos sei, sei bedeutungslos, die Kriegsausschüsse seien den

Unternehmern nicht gefährlich. Er habe seinen Antrag schon vor Monaten der Ortsverwaltung eingereicht, unterdessen sei der Vorstand nicht untätig gewesen und habe der Generalkommission 13 800 Mk. an Extrabeiträgen überwiesen. Man habe ihm auf seine Frage erklärt, es handle sich nicht um Extrabeiträge. Es könne ihm aber keiner glaubhaft machen, daß die Generalkommission in Geldverlegenheit sei. Die Generalkommission werde das Geld zu Kriegsanleihen brauchen, und so seien die Vorstände davon entbunden, so bräuchten sie es nicht zu tun. Wagner empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Die Generalversammlung beschließt, den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu ersuchen, die Beitragszahlung an die Generalkommission einzustellen. Ueber die vom Vorstand an die Generalkommission abgeführten, in der Nr. 15 des „Correspondenzblattes“ quittierten Extrabeiträge in Höhe von 13 883 Mk. erhebt die Generalversammlung schriftlichen Protest. Die Generalversammlung verpflichtet die Ortsverwaltung, den auf die Zahlstelle Berlin entfallenden Bruchteil der Beiträge des Verbandes an die Generalkommission einzubehalten.“

Der Verbandsvorsitzende, Kollege Leipart, wies die Behauptungen Wagners im einzelnen zurück, z. B., daß die Gewerkschaften das Streikrecht preisgegeben haben sollen. Nicht Extrabeiträge seien an die Generalkommission abgeführt worden, sondern es handle sich um einen Beschluß der Vorstände, einen Jahresbeitrag im voraus zu entrichten. Es galt, die für die Arbeiter in kleinen Orten äußerst wichtigen Arbeitersekretariate jetzt im Kriege zu erhalten, was der Generalkommission wegen ihrer ungünstigen finanziellen Lage sonst nicht möglich gewesen wäre. Leipart ging dann auf die Maßnahmen und Leistungen der Gewerkschaften während des Krieges ein. Er schilderte das Eintreten für die Arbeitslosen zu Beginn des Krieges und für die Kriegsfamilien, die Beteiligung an der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, die Anträge an die Regierung zur Lebensmittelversorgung, die Vereinbarung mit den Arbeitgebern in bezug auf Geltung der Tarifverträge und gemeinamer Beschaffung von Arbeit. Er gab eine Darstellung von dem Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes, und wie es den Arbeitervertretern gelungen sei, die Giftzähne auszuziehen, die die Vorlage zu diesem Gesetz enthalten habe. Auch mit der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft haben sich die Gewerkschaftsvorstände in Gemeinschaft mit der Generalkommission beschäftigt und entsprechende Anträge gestellt.

Sonach haben die Gewerkschaften ihre ganze Kraft und ihre Mittel dafür eingesetzt, die Mitglieder vor den Wirkungen des Krieges zu schützen, hoben intensiv und praktisch zur Verringerung des Notstandes und zur Belebung des Wirtschaftsmarktes Maßnahmen durchgeführt. Eingaben über Eingaben seien an die Regierung gemacht worden, um die Nahrungsmittelnot zu verhüten, und wenn die Vorschläge nicht alle die nötige Beachtung gefunden haben, so sei doch der Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter gewirkt haben. Des weiteren hob Leipart hervor, daß die Zerstörung der Einigkeit, die Schwächung der politischen Partei, ein schwerer Schaden für die Arbeiter sei; aber weit fühlbarer für den einzelnen Arbeiter wäre die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Geschlossenheit. Dazu würde die Annahme des Antrages Wagners der Anfang sein.

Die Diskussionsredner gingen, zum Teil recht ausführlich, hauptsächlich auf den politischen Richtungsstreit ein, was den Kollegen Leipart in der zweiten Versammlung zu der Entgegnung veranlaßte, daß er auf diese Dinge nicht eingehen werde; dieser Streit habe zur Spaltung der politischen Partei geführt, und es bestände keinerlei Aussicht, darüber in dieser Versammlung eine Einigung herbeizuführen. Soweit sich die Angriffe gegen die Gewerkschaften richteten, trat er ihnen noch einmal entgegen und richtete zum Schluß die ernste Ermahnung an die Versammlung, die Geschlossenheit des Verbandes zu wahren.

Wagner empfahl in seinem Schlußwort die Annahme seines Antrages. Eine vom Kollegen Meusch eingereichte Resolution, worin er sich gegen jede Zersplitterung oder Vernichtung der Gewerkschaften verbot, und worin er beantragte, daß baldigst ein Gewerkschaftskongress einberufen wird, der zwei Monate vorher zu publizieren sei, damit die Arbeiterschaft Gelegenheit habe, ihre Stellungnahme zur Haltung der Generalkommission kundzutun, wurde abgelehnt. Der Antrag Wagner wurde gegen eine starke Minorität angenommen.

Zu dieser Angelegenheit ist uns auch eine längere Zuschrift des Kollegen Franz Meusch zugegangen. Er verurteilt die Kriegskreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Politik des 4. August, aber, so schreibt er, „ich kann mich doch unmöglich soweit verbiegen lassen, aus Mut über die prinzipiellen und tatsächlichen Fehler der Reichstagsfraktion die von uns durch jahrzehntelange Kämpfe, mühevollen Agitationsarbeit und große finanzielle Opfer geschaffene Gewerkschaftsorganisation zu zersplittern“. Gegen die Generalkommission erhebt Kollege Meusch den Vorwurf, daß sie, statt die Politik in der gegenwärtigen Situation soviel als möglich fernzuhalten, die Politik des 4. August geradezu propagiert habe. Durch ihr Verhalten habe sie eine gewaltige Empörung bei den Mitgliedern der Gewerkschaften heraufbeschworen. Bis Ende 1915 war von dieser Verbitterung bei den Holzarbeitern wenig zu merken. Der Artikel „Die Gewerkschaften und der Parteistreit“ in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1916 habe sie aber gewaltig gefördert. Kollege Meusch verwahrt sich dagegen, zu den Burgwerkschaftlern zu gehören, er habe es im Gegenteil stets bestritten, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Zeit- und Tagespolitik ständig behandelte habe. Das habe ihren guten Ruf gefördert. Dieser Artikel war aber geradezu eine Herausforderung. Dazu kam dann der Instruktionsartikel über die Kriegsanleihe, und nun machte sich eine Mißstimmung gegen die Redaktion und die Verbandsleitung deutlich bemerkbar.

Kollege Meusch kommt dann auf den Antrag Wagner und den Beschluß der Berliner Generalversammlung zu sprechen und sagt:

„Ich bin nun der Meinung, daß dieser Beschluß ein verfehler war und den Berliner Holzarbeitern nicht zur Ehre gereicht, und zwar, weil ein solcher Beschluß seitens des Vorstandes gar nicht durchgeführt werden kann, ohne sich mit allen anderen Zahlstellen in Konflikt zu bringen. Es widerspricht allen gewerkschaftlichen Grundätzen, über die Köpfe Hunderte von Zahlstellen den Vorstand zu erschrecken, Verbandstagsbestimmungen ohne weiteres außer Kraft zu setzen. Und was wäre die Folge dieses Antrages, wenn ihn wirklich die übrigen Zahlstellen sich zu eigen machen würden? Er bedeutete eine Abbröckelung von der seit Jahrzehnten mühselig mit großen Opfern aufgebauten zentralistischen Gewerkschaftsbewegung! Ich habe diesen Antrag in allen Generalversammlungen auf das heftigste bekämpft und werde ihn auch ferner auf das heftigste bekämpfen, da ich nicht gewillt bin, eine Politik der Zersplitterung und der Zertrümmerung der Gewerkschaftsbewegung mitzumachen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo schon in der Parteibewegung eine derartige tief bedauerliche, folgenschwere Zersplitterung stattgefunden, ist es unsere heiligste Pflicht, mit Rücksicht auf die uns nach dem Kriege bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe die Macht und Kraft unserer Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Das ist aber nur möglich durch Einigkeit und Geschlossenheit.“

Im weiteren bespricht Kollege Meusch den von ihm in der Generalversammlung gestellten, aber dort abgelehnten Antrag, der eine Reihe von Vorwürfen gegen die Generalkommission erhebt, um dann zu erklären, daß die Generalversammlung trotz der Pflichtverletzungen der Generalkommission fest und treu zur Organisation steht und dafür sorgen will, daß keine Zersplitterung der Gewerkschaften eintritt. Der Antrag gipfelt in dem Verlangen nach baldiger Einberufung eines Gewerkschaftskongresses. Einen solchen hält Kollege Meusch für notwendig, und er verlangt weiter, daß ihm ein Verbandstag vorausgehen muß, dessen Einberufung durch die jetzt diskutierte Beitragsfrage ohnehin erforderlich ist.

Inzwischen hat auch der Verbandsvorstand zu dem ihm übermittelten Beschluß der Berliner Generalversammlung Stellung genommen. Er hat beschlossen, das nachfolgende, vom 10. Juli datierte Schreiben an die Berliner Verwaltung zu richten:

„Zu dem von der Berliner Generalversammlung zum Beschluß erhobenen und uns übermittelten Antrag Wagner haben wir folgendes mitzutellen:

Im ersten Teil stellt dieser Antrag ein ganz unmögliches Verlangen an den Vorstand. Die Einstellung der Beitragszahlung an die Generalkommission der Gewerkschaften würde die Trennung unseres Verbandes von dem in der Generalkommission verkörperten Bund der deutschen Gewerkschaften bedeuten. Zu einem solchen Schritt ist der Vorstand nicht befugt. Nur ein Verbandstag könnte über einen solchen Antrag entscheiden. Da übrigens auch der Antragsteller Wagner selbst in der Berliner Versammlung ausgesprochen hat, daß der Vorstand seinem Antrage gar nicht stattgeben könne, erscheint uns ein weiteres Eingehen hierauf überflüssig.

Der Protest in dem zweiten Teil des Antrages entbehrt jeder Begründung. In der Berliner Versammlung hat der Antragsteller mündlich vorgebracht:

- 1. Die Berliner Ortsverwaltung habe die Erledigung seines Antrages absichtlich verzögert, um dem Vorstand Zeit zu lassen, die sog. Extrabeiträge noch vorher an die Generalkommission abzuführen.
2. Die Generalkommission habe diese Extrabeiträge wahrscheinlich zur Zeichnung von Kriegsanleihen verwendet.

Die erste Behauptung hat der Vorsitzende der Ortsverwaltung in der Versammlung sofort als unrichtig zurückgewiesen. Ebenso hat der Verbandsvorsitzende in der Versammlung über Zweck und Verwendung der sog. Extrabeiträge wahrheitsgemäße Aufklärung erteilt, nämlich, daß es sich dabei um Vorauszahlung eines ordentlichen Jahresbeitrages zwecks Aufrechterhaltung der durch den Krieg gefährdeten Arbeitersekretariate handelt.

Mit dieser Aufklärung war der Protest schon vor der Beschlußfassung völlig entkräftet, und wenn die Versammlung ihn trotzdem beschlossen hat, so vermögen wir eine andere Antwort als die bereits erteilte darauf nicht mehr zu geben.

Der dritte und letzte Teil des Antrages, der die Ortsverwaltung verpflichten will, einen Teil des an die Verbandskasse zu leistenden Pflichtbeitrages einzubehalten, ist statutenwidrig und kann aus diesem Grunde nicht verwirklicht werden. Wir verweisen auf die Vorschriften in den §§ 13 und 107 des Verbandsstatuts, die genau festlegen, bis zu welcher Höhe die Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder den Zahlstellen zur Verfügung gestellt sind. Die Ausführung des Beschlusses der Berliner Versammlung wäre eine absichtliche Ueberschreitung dieser Vorschriften, welcher der Vorstand gemäß der ihm in § 122, Ziff. 2 auferlegten Pflicht entschieden entgegenzutreten müßte.“

Aus der Holzindustrie.

Kriegswirkungen in der Holzindustrie.

Die Sektion VI. Bremen, der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft hat kürzlich ihren Bericht für das Jahr 1916 veröffentlicht. Er ist inwieweit für die Verhältnisse in der Holzindustrie überhaupt insoweit, als er einen starken Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter, aber eine Steigerung der Unfallhäufigkeit, dagegen nur eine geringfügige Erhöhung der Löhne erkennen läßt. Im Jahre 1914 umfaßte die Sektion 36 244 verheiratete Personen mit arbeitsfähigen Löhnen in einer Gesamthöhe von 41 177 799 Mark. Im Jahre 1915 ging die Zahl der Versicherten auf 25 050, die Summe der Löhne auf 26 913 963 Mk. zurück. Im Jahre 1916 verminderte sich die Zahl der Arbeiter weiter auf 23 031, dagegen stieg die Lohnsumme auf 27 336 039 Mark. Auf den Kopf des Versicherten umgerechnet, betrug der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst im Jahre 1914

1130 Mt., er ging im Jahre 1915 auf 1074 Mt. zurück und stieg im Jahre 1916 auf 1188 Mt. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst war im Jahre 1916 um 10,8 Prozent höher als im Jahre 1915.

Die Berufsgenossenschaften machen über die Zusammenfassung der versicherten Arbeiterschaft keine Angaben, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der weiblichen und jugendlichen Arbeiter verhältnismäßig weit größer ist als vor dem Kriege, und daß das Verhältnis sich fortgesetzt zuungunsten der erwachsenen Männer verschiebt.

Die Unfallstatistik ist recht unerfreulich, aller Wahrscheinlichkeit werden aber die Berichte der übrigen Berufsgenossenschaften ähnliche Ergebnisse zeitigen.

Die Konvention der Pianofortefabrikanten.

Vom Vorstand der Konvention der Pianofortefabrikanten geht uns folgende Mitteilung zu:

Sie haben in der letzten Zeit Artikel über die gegenwärtige Lage der Klavierindustrie gebracht und bei dieser Gelegenheit auch zur Konvention der Pianofortefabrikanten E. B. Stellung genommen.

Wir bitten Sie freundlichst, davon Kenntnis zu nehmen und Ihren Lesern nicht vorzuenthalten, daß

- 1. die Konvention Verabredungen über Preise aus ihrem Arbeitsgebiet ausdrücklich ausgeschlossen hat;
2. die Konvention ausdrücklich erklärt hat, daß sie an eine Kontingentierung der Produktion nicht denke und nicht denken könne, weil eine solche technisch unmöglich sei;
3. die Konvention in ihren Zwecken und Zielen beschränkt ist und ihr Arbeitsgebiet auf die sozialpolitischen Fragen sich nicht erstreckt.

Hochachtungsvoll

Konvention der Pianofortefabrikanten E. B. Der Vorstand: Dr. Hasberg Kellow, Stenge.

Diese Mitteilung bezieht sich offenbar auf eine Notiz in unserer Nr. 23 vom 9. Juni, die sich auf Angaben in der Fachpresse stützte. Wir nehmen von dieser Berichtigung irrtümlicher Angaben Kenntnis, empfehlen aber trotzdem den Arbeitern der Pianofortefabrikanten, den Vorgängen im Lager der Fabrikanten die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken.

Wenn auch die neu errichtete Konvention ihr Arbeitsgebiet auf die sozialpolitischen Fragen nicht erstreckt, so verfügen die Klavierfabrikanten doch über Organisationen, welche die Regelung der Arbeiterverhältnisse in ihr Aufgabenbereich einbezogen. Und die Pianofortefabrikanten sind so gut organisiert, daß sich die Klavierarbeiter daran ein Beispiel nehmen können.

Die Nachahmung der Muster.

Gegen die Nachahmung von Mustern hat die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin einen energischen Feldzug eingeleitet. Bei der scharfen Konkurrenz, die insbesondere auch in der Möbelindustrie besteht, hat jeder Fabrikant ein lebhaftes Interesse daran, daß ein Muster, das er herausgebracht und das beim Publikum Anklang gefunden hat, als sein geistiges Eigentum respektiert wird.

Gewerkschaftliches.

Reichstarif für Militärschuhwerk.

Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie hat mit den Verbänden der Schuhmacher einen Reichstarifvertrag für Militärschuhwerk vereinbart. Unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 54 Stunden beträgt der Stundenlohn für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 20 Pf. und steigt bis 50 Pf. bei einem Alter von mehr als 21 Jahren.

Der Fabrikarbeiter-Verband kann über ein erfreuliches Wachstum seiner Mitgliederzahl berichten. Nach einer Uebersicht, die aber nicht alle Zahlstellen umfaßt, sind in der Zeit von Mai 1916 bis Juni 1917 32 613 Mitglieder, darunter 18 147 weibliche, neu aufgenommen worden.

daß 100 180 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen sind, hat sich der Verlust an männlichen Mitgliedern bis Ende Juni 1916 auf 9162 vermindert, dem aber ein Gewinn an weiblichen Mitgliedern von 3311 gegenübersteht.

Unternehmerbewegung.

Der Deutsche Industrie-Schuhverband.

Der Deutsche Industrie-Schuhverband, der sich im vergangenen Jahre sehr günstig entwickelt, hat am Ende Juni in Dresden abgehaltenen Generalversammlung konnte berichtet werden, daß durch Neuaufnahmen von 450 Firmen die Mitgliederzahl bis Ende 1916 auf 6137 gestiegen ist, und ferner ist eine weitere Steigerung auf 6300 Betriebe erfolgt.

Literarisches.

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierliebhaber und Tierfreunde, Haus und Familie. Franchische Verlagshandlung, Stuttgart. Vierteljährlich 6 Hefte. Vierteljahrspreis 85 Pf. Probehefte unentgeltlich.

Technik für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. 8. Jahrgang. Preis vierteljährlich 1,45 Mt. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, Franchische Verlagshandlung.)

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. 14. Jahrgang. 1917. Herausgegeben vom 'Kosmos', Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franchische Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 4 bis 5 Buchbeilagen. Halbjahrspreis 2,80 Mt.

Heimkultur - deutsche Kultur. Heimstätten für Krieger, Offiziere und Mannschaften. Herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur (E. Abigt), Wiesbaden. Preis 1 Mt. - Das Heft enthält außer einem umfangreichen Anzeigenteil auch zweifelhafte Inserate im Text. Das ist nicht gerade geeignet, Vertrauen zu erwecken.

Briefkasten.

* Die starke Beteiligung an der Diskussion über die Beitragsfrage gestattet es nicht, alle Zuschriften sofort abzurufen. Wir bitten die Einsender, deren Beitrag verspätet erscheint, um Nachsicht.

Geftorbene Mitglieder.

- Wilhelm Schmitz, Schreiner, gest. in Düsseldorf.
Wilhelm Heßgen, Tischler, gest. in Epen.
Wilhelm Mau, Bevollmächtigter, gest. in R. Gladbach.
Johann Jauch, Schreiner, gest. in Rastredwig.
Peter Schwarz, Schreiner, 67 Jahre, gest. in Nürnberg.
Konrad Rittstein, Bleistiftarbeiter, 53 Jahre, gest. in Nürnberg.
Ulrich Schlechtriem, Bleistiftarb., 21 Jahre, gest. in Nürnberg.
Ernst Schmidt, Tischler, 53 J., gest. in Altenburg.
Johann Hahn, Stellmacher, 67 Jahre, gest. in Köln.
David Diels, Schreiner, 65 Jahre, gest. in Mainz.
Hermann Oswald, Modelltischler, 56 J., gest. in Gotha.
Ferdinand Müller, Tischler, 76 J., gest. in Leipzig.
Hermann Schmidt, Tischler, 53 J., gest. in Leipzig.
Franz Hiersche, Drechsler, 67 Jahre, gest. in Leipzig.
Oskar Wolf, Tischler, 52 J., gest. in Leipzig.
Richard Hägner, Modelltischler, 18 J., gest. in Leipzig.
Johann Rißcher, Tischler, 33 J., gest. in Leipzig.
Elias Herrmann, Maschinenarbeiter, 39 J., gest. in Leipzig.
Peter Brill, Tischlerausfühler, 40 J., gest. in Leipzig.
Ihre Ihren Angehörigen.

Lorenz Klinkenberg, Schreiner, 55 Jahre, sende...
Ein Tischler Hamburg, Elterntorstraße 7, 2. Et.

Zehn tüchtige Tischler (auch Kriegsbeschädigte) und ein Möbelbeizer sofort gesucht. Karl Kührmeier, Möbelfabrik, Pölne.

Tücht. Tischler auf furnierte Möbel gesucht. Carl Förster Nachf., Möbelfabrik, Leipzig, Plagwitz Straße 15.

2 tüchtige Tischler auf bessere Arbeiten stellt ein Friedr. Walle, Kunst- u. Bautischlerei mit elektrischem Betrieb, König, Neustadt 15.

Bau- und Möbeltischler stellt ein Kurt Siebert, Dampfischlerei, Raffenburg (Döberitz).

Mehrere Modelltischler sofort gesucht. Erste Offenbacher Modellfabrik Engelbert Kern, Offenbach am Main, Carlstraße 58.

Mehrere Möbelschreiner gesucht. Bernh. Hädel, Möbelfabrik, Osterfeld (Weißf.).

Treppenhauer für Treppengeländer sofort gesucht. M. Großkopf, Bautischlerei, Ortelsburg (Dippoldshausen).

Stuhl- und Sesselbauer, Tischler sofort gesucht. Meldungen an: Erzgebirgische Holzindustrie, Arbeitergenossenschaft, Brand-Erbisdorf bei Freiberg (Sachsen).

Tüchtige Stuhlbauer u. -polierer finden Arbeit. Deutsche Sigmöbelwerke, Geringswalde-Dömsdorf (Sachsen).

Stuhlpolierer und Walzengatterschneider sofort gesucht. Otto Seifert, Kauganzen (Sachsen).

Tüchtige Holzfräser für kriegswichtige Arbeiten gesucht. Stuttgarter Möbelfabrik Gg. Schoettle, Stuttgart-Berg.

Ein Drechsler sofort gesucht. S. Hoffmann, Pöreg i. S.

Tüchtiger selbständig. Drechsler, der auch andere Holzverarbeitungsmaschinen bedienen kann, wird sofort gesucht durch die Zahlstelle Nieja, Goethestraße 80, I.

Stoßmacher und Polierer gesucht. Th. Viehmeier, Stoßfabrik, Adn.

Kreisraspeler für Spazierstöcke suchen E. & K. Redlich, Stoßfabrik, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75.

20 Korbmacher für 98er und Drillingsgestelle sucht sofort Max Poppel, Dresden-N., Zöllnerstraße 4.

Korbmacher auf 98er u. 21-cm-Langgranatentörbe finden Beschäftigung. Reinhold Hoffmann, Weidenischlerei und Korbfabrik, Urnhütstadt (Bosen).

Tüchtige Korbmacher und angeleitete Frauen für 98er ganz aus Weide, für Drillingsgestelle und 21-cm-Langgranatentörbe sucht Theodor Reimann, Dresden-N., Königsstr. 3.

4 Korbmacher auf Kohlentörbe, Grün und Gematt und 4 Korbmacher auf Reisetörbe stellt sogleich ein Gottfried Wille, Bergen auf Rügen.

10 Korbmacher auf Geschloßkörbe sucht zu neuen Tariflöhnen Klasse I. Jäger Transportkorbfabrik, Jeltz, Leiniger Straße 14

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnstr. 31.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Wandtischler, Möbel-tischler, Maschinen-arbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Franchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Jeltz, Jamburg, Hannover, Herford, Leipzig, and Zusammen.

Die Mehrere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.